

Initiative „Sie waren Nachbarn“

Diese Ausstellung wird gezeigt von der Initiative "Sie waren Nachbarn", die seit 2011 existiert. Wir haben damals die Daten von 1.900 Moabiter Juden und Jüdinnen veröffentlicht, die zwischen 1941 und 1945 nach Auschwitz und in andere Konzentrationslager deportiert und dort ermordet wurden. Seitdem organisieren wir kontinuierlich mit Veröffentlichungen, Aktionen und Veranstaltungen. Wir erinnern an die Opfer des Holocausts, weisen auf die damaligen Helfer/innen hin, benennen wichtige Orte der Nazi-Herrschaft in Moabit. Zu unseren Aktivitäten gehören die Verlegung von Stolpersteinen, Buchlesungen, Filmvorführungen und seit 2012 auch jährliche Ausstellungen in diesem Schaukasten.

Seit einigen Jahren planen wir die dauerhafte Kennzeichnung des Weges, den tausende Juden zwischen dem Sammellager in der Levetzowstraße und dem Deportationsbahnhof Quitzowstraße gehen mussten, quer durch Moabit, direkt in den Tod. Von dort wurden damals mindestens 30.000 Jüdinnen und Juden deportiert.

Deshalb haben wir uns im Frühjahr 2018 mit anderen Gruppen und Menschen zusammengeschlossen, um durchzusetzen, dass dieser Deportationsweg für immer sichtbar gemacht wird. Unter dem Titel "Ihr letzter Weg" wollen wir dokumentieren, dass die Deportationen damals vor aller Augen, in aller Öffentlichkeit stattfanden.

Wenn Sie Interesse haben, sich ebenfalls zu engagieren, melden Sie sich einfach mal bei uns:

www.SieWarenNachbarn.de

www.IhrLetzterWeg.de



**VON HIER FUHREN
ZÜGE INS GAS**

www.sie-waren-nachbarn.de

FALSCH

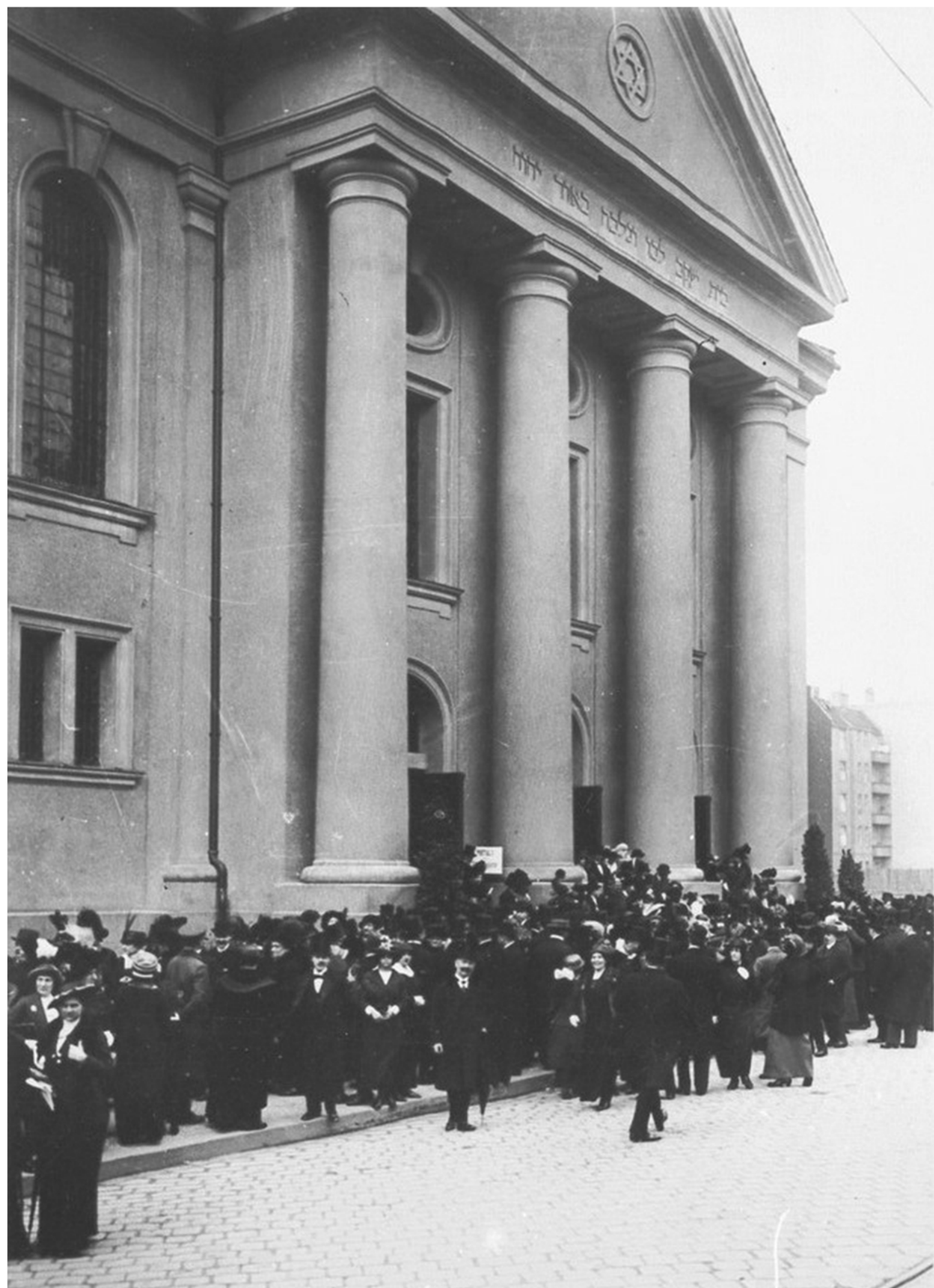
Levetzowstraße: Synagoge

Nach Plänen des Gemeindecarchitekten Johann Höniger wurde in der Levetzowstraße/ Ecke Jagowstraße die Synagoge erbaut. Es entstand ein beeindruckender Bau, der am 7. April 1914 feierlich eingeweiht wurde. Die Synagoge mit angeschlossener Religionsschule und Gemeindewohnungen richtete sich an die zahlreiche jüdische Bevölkerung im angrenzenden Hansaviertel und in Moabit. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde das Gemeindezentrum endgültig fertiggestellt. Mit 2120 Sitzplätzen gehörte das Gotteshaus zu den größten Synagogen Berlins. Der zuständige Rabbiner war Dr. Julius Lewkowitz, der gemeinsam mit seiner Frau in einer der Gemeindewohnungen lebte.

Während der Pogromnacht im November 1938 wurde das Bauwerk geringfügig beschädigt, es wurden aber noch bis 1941 Gottesdienste durchgeführt. Im Sommer des Jahres wurden zusätzliche Gottesdienste für die zur Zwangsarbeit gezwungenen jüdischen Männer und Frauen des Viertels eingerichtet, die aber im September - wie alle religiösen Handlungen - beendet werden mussten. Das Ende der Synagoge als Ort einer jüdischen Religionsgemeinschaft läuteten die Nationalsozialisten im Herbst 1941 ein: Die Gemeindevorsteher wurden angewiesen ein Sammellager für ca. 1000 Jüdinnen und Juden einzurichten. Dazu wurden die Stühle entfernt und Stroh zum Schlafen verteilt. Die Versorgung der Menschen musste die Gemeinde übernehmen. Sie wurden auch gezwungen die Transportlisten zusammenzustellen und die Vermögensverhältnisse aufzulisten.

Für die sogenannten ersten 22 Osttransporte zwischen dem 18. Oktober 1941 bis zum 26. Oktober 1942 war hier das Sammellager. Nach ein paar Tagen Aufenthalt wurden die Menschen zum Bahnhof Grunewald oder zum Güterbahnhof Moabit gebracht und von dort deportiert. Der Weg der Menschen führte teilweise zu Fuß durch Moabit und blieb nicht verborgen. 1942 wurde das Sammellager geschlossen und vor allem das Lager in der Großen Hamburger Straße genutzt.

Durch den Zweiten Weltkrieg wurde das Gebäude weiter beschädigt, aber nicht zerstört und 1955 abgerissen. Nachdem das Land Berlin das Grundstück erwarb, wurde ein Kinderspielplatz gebaut. Eine erste Gedenktafel wurde 1960 angebracht. Der Entwurf „Mahnmal Flammenwand“ der Künstler Jürgen Wenzel, Peter Herbig und Theseus Bappert wurde 1985 umgesetzt und zeigt bis heute einen Waggon, in dem sich schemenhaft Menschen befinden und eine Schrifttafel mit allen Osttransporten aus Berlin. Zudem erinnern 36 Plaketten von Synagogen an das verlorene jüdische Leben in Berlin. Eine Hecke, die das Gebäude symbolisieren sollte, wurde bei einer späteren Umgestaltung entfernt. Sie soll in Zukunft wieder neu gepflanzt werden um auf die ursprüngliche Nutzung des Platzes als Gotteshaus hinzuweisen.



Jagowstraße: Familie Gottfeld

In der Jagowstraße 13 lebten Sally (geb. 3.12.1891) und Emma Gottfeld, geb. Lewin (12.09.1895). Sie stammten beide aus der Region um Posen, die bis zum Ende des Ersten Weltkriegs zu Deutschland gehörte. Sie heirateten 1917 in Mogilno und zogen dann nach Berlin. Sally war Klempner und machte später seinen Meister. Er diente während des Ersten Weltkriegs in der kaiserlichen Armee, wurde verwundet und erhielt das Eiserne Kreuz, weil er seinen Vorgesetzten auf dem Schlachtfeld gerettet hatte. In der Jagowstraße wurden ihre drei ältesten Kinder Mathilde (1918), Johanna (1919) und Alfred (1920), wahrscheinlich auch noch die beiden kleinen Fritz (1925) und Ingrid (1929) geboren. Im zweiten Hinterhof des Hauses Jagowstraße 13 befand sich Sallys Werkstatt, in der er einige Arbeiter beschäftigte. Die älteste Schwester von Emma, Therese Hirsch, geb. Lewin wohnte mit ihrem Mann Elias Hirsch ebenfalls in der Jagowstraße. Dort betrieben sie eine Bäckerei, die sich auf Donuts spezialisiert hatte.

Im April 1933 wurde Sally Gottfeld von der SA verhaftet und über einen Monat lang im Keller in der Papestraße (Nähe Südkreuz) gefangen gehalten, gedemütigt und geschlagen. Nach seiner Entlassung bemühte er sich um eine Einreiseerlaubnis nach Palästina, die er für sich und seine Familie erhielt. Von der Dortmunder Straße 3 aus, wohin die Familie umgezogen war, brachen sie am 16. Dezember 1933 abends auf. Mit dem Zug fuhren sie über Salzburg nach Triest um dort auf ein Schiff zu gehen. Sie kamen am 20. Dezember 1933 in Haifa an.

Für die Familie war es schwer in Palästina Fuß zu fassen. Sally arbeitete zunächst als Angestellter einer Ölfirma, machte sich dann aber selbständig. Er verlor durch einen Betrüger einen großen Teil seines Geldes. Seine drei ältesten Kinder konnten ihre Schulausbildung nicht fortsetzen, sondern mussten durch Arbeit zum Familieneinkommen beitragen. Den Geschwistern seiner Frau und seinem Bruder, die alle in Berlin, die meisten davon in Moabit lebten, riet Sally noch Mitte der 30er Jahre davon ab, ebenfalls nach Palästina zu emigrieren, weil es äußerst schwierig sei, seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Währenddessen wurde das Leben für Juden in Deutschland immer schwieriger bis unerträglich. Die Novemberpogrome 1938 machten deutlich, dass es keine Zukunft mehr geben würde. Aber da war es für die meisten Juden ohne Geld und Beziehungen zu spät zur Auswanderung, da auch immer weniger Länder Menschen aufnahmen. Fast alle Berliner Verwandten von Emma und Sally Gottfeld wurden deportiert und ermordet.

Sie selbst und ihre 5 Kinder, die alle heirateten und ihrerseits Kinder bekamen, überlebten in Palästina den Krieg. Emma starb 1961 in Haifa. Sally kehrte nach ihrem Tod nach Berlin zurück. Er starb hier 1964 und ist auf dem Jüdischen Friedhof an der Heerstraße beerdigt. Vor dem Haus in der Dortmunder Straße 3 liegen sieben Stolpersteine für die Familie.



Alt-Moabit: Geschäft zur Herstellung und Vertrieb von Ärmelhaltern, Tanzgürteln, Strumpfhalter etc.

Mit der dritten Verordnung zum Reichsbürgergesetz (RBG 15.09.1935) wurde definiert, welche Betriebe als „jüdisch“ galten. Durch ein eigenes Verzeichnis sollte der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, welche Geschäfte von Jüdinnen und Juden geführt wurden oder deren Ehepartner jüdisch waren.

Um ihren Lebensunterhalt zu verdienen gründete eine junge Frau aus Posen (Name kann nicht genannt werden) in ihrer Wohnung in Alt-Moabit ca. 1927 eine kleine Firma. In einem 20 qm großen Raum stellten drei Näherinnen an zwei Nähmaschinen Strumpfhalter, Ärmelhalter, Tanzgürtel, Bindegürtel, Sockenhalter und ähnliches her.

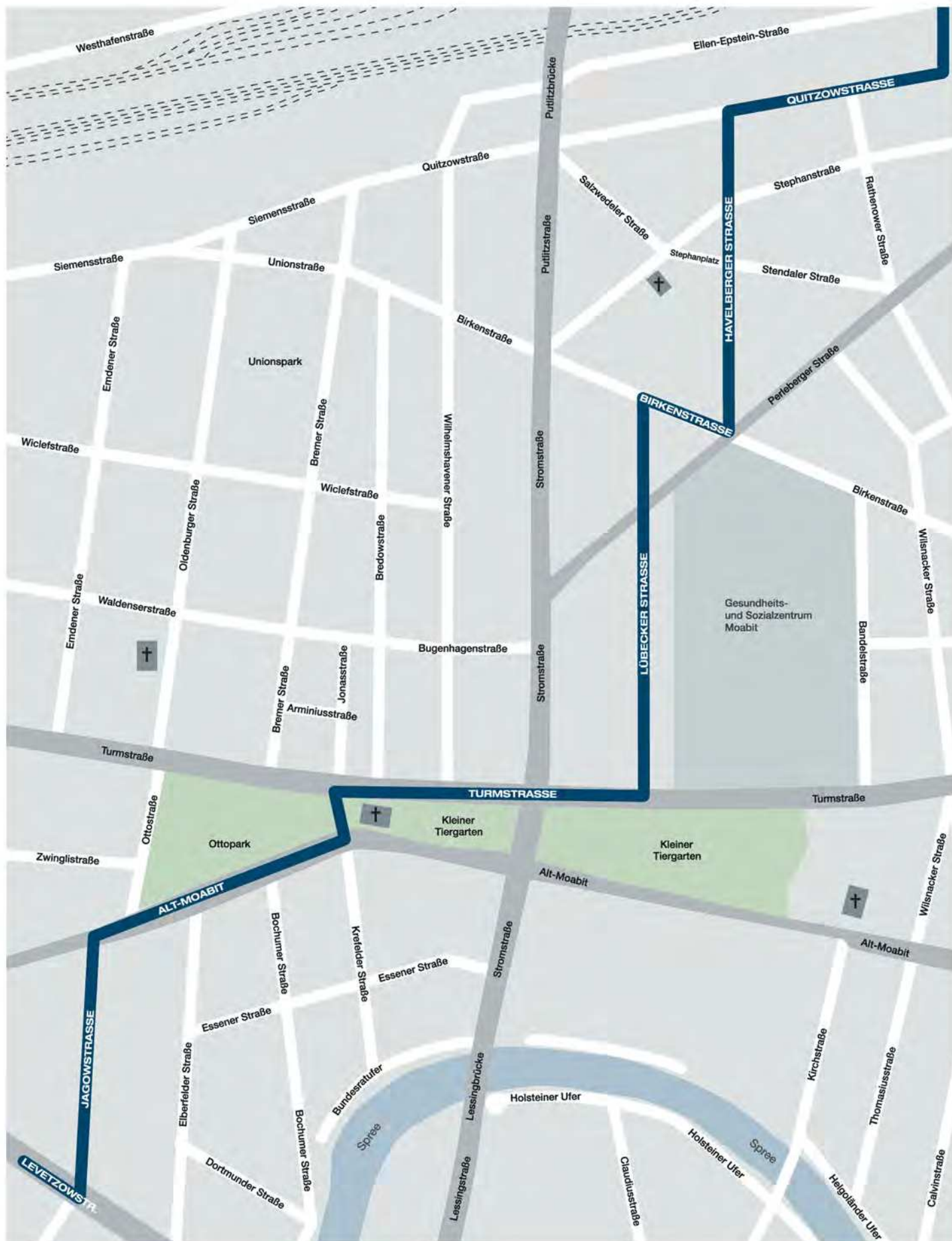
Ihr Ehemann verstarb 1932. Danach kümmerte sie sich allein um die beiden Kinder.

Sie erhielt 1936 die Aufforderung sich ins Handelsregister eintragen zu lassen. Sie kam dieser Aufforderung nach. 1938 bekam sie ein Einschreiben, das verfügte, dass sie ihre Firma wieder aus dem Handelsregister löschen lassen sollte. Sie unterschrieb die Beantragung der erzwungenen Löschung ohne den für Jüdinnen ohne jüdischen Vornamen gesetzlich festgelegten zweiten Vornamen „Sara“. Eine Weglassung, die lt. Nürnberger Gesetze mit Gefängnis bestraft werden konnte. Liquidiert wurde der Betrieb 1939. Die Familie schaffte es, in die USA zu emigrieren.

Im Januar 1955 wurde durch einen Rechtsanwalt aus den USA beim Entschädigungsamt ein Antrag auf Rückerstattung gestellt. Er meldete Ansprüche für zwangsabgelieferte Wertsachen bei der Städtischen Pfandleihanstalt, Berlin W 8, an. Wert der Vermögensgegenstände: RM 11.940,00.

Im Februar 1958 wurde lt. Beschluss des Wiedergutmachungsamtes das „Deutsche Reich“, vertreten durch den Bundesminister für Finanzen, verurteilt, gemäß Gutachten des Sachverständigen DM 7.955,50 an die Klägerin zu bezahlen. (Die Differenz entsteht durch die Umrechnung.)

Die Gründe für den positiven Bescheid waren u.a. die rassische Verfolgung, die diskriminierende Maßnahme der ungerechtfertigten Entziehung der Wertsachen, der unverhältnismäßig geringfügige Gegenwert des Schmuckes, fristgerechte Anmeldung der Ansprüche und die Vorlage von Beweisen.



Krankenhaus Moabit

Das Krankenhaus wurde als provisorisches Seuchenlazarett 1872 errichtet und seit 1875 dauerhaft genutzt. Ab 1900 entwickelte es aufgrund der vielen guten jüdischen Ärzten einen sehr guten Ruf. Unter Prof. Moritz Borchardt und Prof. Georg Klemperer wurden 1920 die Chirurgische und die Innere Abteilung zu Universitätskliniken. Es war das einzige Städtische Krankenhaus, dass das erreichte. Der gute medizinische Ruf ging weit über Berlin und Deutschland hinaus. Klemperer und Borchardt wurden zum Beispiel zwei Mal an das Krankenzentrum von Lenin gerufen. Trotz Inflation und Wirtschaftskrise wurde das Krankenhaus bis 1939 immer weiter ausgebaut und so zum zweitwichtigsten nach der Charité. Berühmt war das Krankenhaus Moabit auch durch den Ansatz der sozialen Medizin in den Zwanziger Jahren, mit Sexual-, Verhütungs- und Drogenberatung sowie mit Anfängen psychosomatischer Medizin. Zudem gab es auch Ärzte und Ärztinnen, die dem Verein sozialistischer Ärzte angehörten und an sozialmedizinischen Brennpunkten halfen: Lilly Ehrenfried, Ernst Haase und Ernst Joel.

Am 20./21.3.1933 kam es zu ersten Entlassungen, die der Bezirksbürgermeister Schröder und der Stadtmedizinalrat Klein antrieben. Am 24.3. wurden zudem Listen mit genauen Angaben, unter anderem der Religion des Personals, erstellt. Am 1.4. besetzte die SA das Klinikgelände und brachte die jüdischen Ärzte in das wilde KZ in der General-Pape-Straße. Das Krankenhaus stand über Nacht fast ohne qualifizierte Ärzte da. Die Geburtshilfe-Gynäkologie musste für Monate geschlossen werden. Der neue Arzt war Dr. Kurt Strauß (SS-Arzt), bei dessen Operationen sehr viele Patienten starben. Er wurde aufgrund seiner Fehler auch für die Nationalsozialisten untragbar und 1939 nach Prag versetzt. Sein Nachfolger war ab 1940 Gohrbandt, unter dem Zwangssterilisationen durchgeführt wurden.

Seit Dezember 1934 war Georg Groscurth Assistenzarzt für Innere Medizin, er hatte mit Robert Havemann am Kaiser-Wilhelm-Institut in Dahlem (heute Max-Planck-Institut) gearbeitet, wo beide 1933 wegen Verdachts auf kommunistische Neigungen entlassen worden waren. Groscurth holte Havemann ins Labor nach Moabit. Dieses Labor wurde Treffpunkt einer Widerstands-Gruppe, der unter anderem auch Dr. Heinz Schlag und Dr. Max Burger angehörten. 1939 wurde Groscurth Oberarzt der 1. Inneren Abteilung und behandelte dabei auch NS-Funktionäre wie Rudolf Heß. So kam er an Informationen aus erster Hand. Die Gruppe unterstützte versteckte Juden und politisch Verfolgte, organisierte Pässe, Nahrungsmittel und Wohnungen. Ab 1941 diskutierte die Gruppe auch Sabotagen in der Rüstungsindustrie und die Aufklärung der Bevölkerung. Es bestanden auch Kontakte zu französischen und russischen Widerstandsgruppen unter Zwangsarbeitern. Zudem schrieben sie Soldaten vermehrt kriegsunfähig und schmuggelten Sendegeräte, Verbandsmaterial, Medikamente. Groscurth wurde am 4.9.1943 während eines Urlaubs in Hessen verhaftet zusammen mit seiner Frau Anneliese (nach 8 Wochen Verhör freigelassen), die kleinen Kinder blieben bei den Großeltern. Auch andere Gruppenmitglieder mussten Verhöre und Folter über sich ergehen lassen. Der Prozess fand vor dem Volksgerichtshof unter Freislers Vorsitz gegen Groscurth, Havemann, Paul Rentsch (Zahnarzt) und Herbert Richter-Luckian (Architekt) statt und endete mit Todesurteilen für die Angeklagten.



Lübecker Straße: Olympia im Postamt NW 21

Das Postamt in der Lübecker Straße wurde 1882-1893 von der Kaiserlichen Postdirektion erbaut und erhielt 1911-1912 einen Erweiterungsbau für den Fernsprechdienst.

1931 wurden die Olympischen Spiele des Jahres 1936 an Deutschland vergeben. War Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg aus der olympischen Gemeinschaft ausgeschlossen gewesen, so wollte sich die deutsche Regierung der Weimarer Republik als Teil der Staatengemeinschaft zeigen.

Nach der Machtübernahme Hitlers 1933 kam es vor allem aus den USA und von emigrierten Intellektuellen in Frankreich immer wieder zu Boykottaufrufen aufgrund der judenfeindlichen Politik der Nationalsozialisten. Doch die Proteste führten zu keiner Absage der Spiele in Berlin. So nutzten die Nationalsozialisten die Olympischen Spiele für ihre Propaganda und wollten sich gegenüber den ausländischen Besuchern positiv präsentieren, was ihnen auch größtenteils gelang.

Neben den sportlichen Erfolgen ist diese Olympiade auch ein Meilenstein in der Mediengeschichte. Erstmals konnte das Ereignis nicht nur vor Ort, sondern auch im Fernsehen verfolgt werden. Drei Mal täglich wurden die Sportereignisse der Olympischen Spiele in die mehr als 30 öffentlichen Fernsehstuben in Berlin und Potsdam übertragen. 1936 wurde im oberen Geschoss des Erweiterungsbau des Moabiter Postamtes - erkennbar an den großen Rundbogenfenstern - eine Fernsehgroßbildstelle (Fernsehstube) für ca. 300 Personen eingerichtet. Zwar gab es schon seit 1930 erste Fernsehgeräte, aber diese befanden sich ab 1933 fast ausschließlich in den Privat-Wohnungen hoher NSDAP-Funktionäre, z. B. Josef Goebbels, Baldur von Schirach und Hermann Göring.

Auch nach 1936 wurden die Fernsehstuben weiter betrieben. Sie waren kostenlos und beheizt. Auch das war ein Grund warum sie immer wieder von Menschen besucht wurden.

Das Postamt in Moabit wurde im Krieg zum großen Teil zerstört. 1951 und 1972/1973 wurde es wieder aufgebaut bzw. umgebaut. Bis 2018 wurde das Gebäude als Post genutzt und steht nun leer.

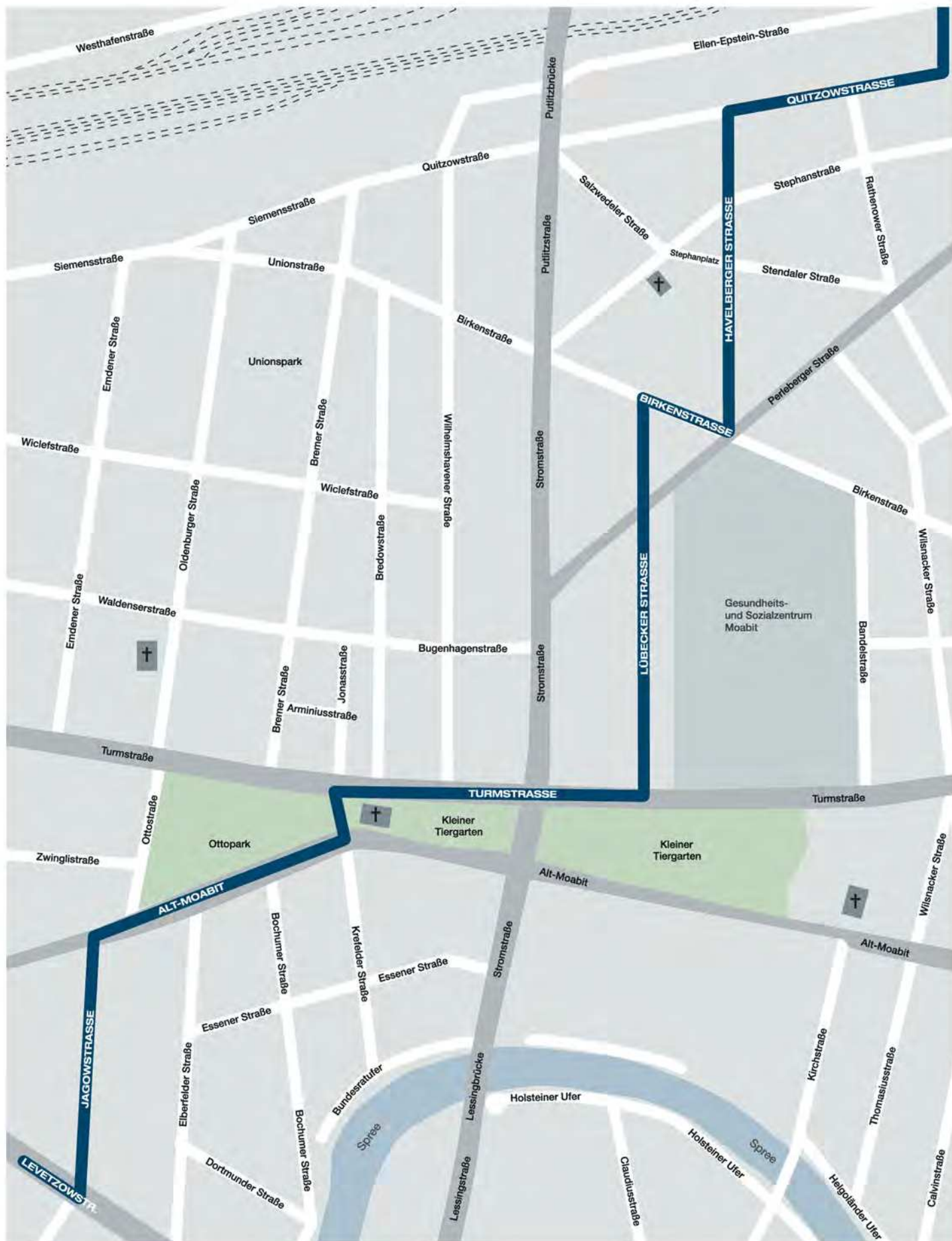


Lübecker Straße: Versteckt in Moabit

In der Zeit des Nationalsozialismus (1933-1945) wurden Menschen jüdischen Glaubens verfolgt und ermordet. Um den Transporten in den Tod zu entkommen blieb ihnen neben Emigration oft nur der Weg in die Illegalität. Die zum Untertauchen Gezwungenen lebten ständig mit der Gefahr der Entdeckung. Wer dieser Gefahr entgehen konnte, lebte bis zur Befreiung durch Soldaten der Roten Armee im April/Mai 1945 meist unerkannt in Berlin. Die meisten, die sich in dieser Stadt vor der Verschleppung versteckten, versuchten ein möglichst normales Alltagsleben vorzutäuschen. Sie verbargen ihre Identität, obwohl sie sich in der Öffentlichkeit bewegten.

Dies konnte nur gelingen, wenn sich mutige Leute fanden, die sie mit Lebensmitteln, Quartier und Dingen des täglichen Bedarfs, in Ausnahmefällen sogar mit falschen Papieren versorgten. Wer versteckt lebende Verfolgte unterstützte, riskierte viel. Wer half, dem drohte die Einweisung in Konzentrationslager mit Zwangsarbeit, Hungertod oder Erschießung. Die Menschen, die den Geflohenen halfen, handelten oft im Bewusstsein, bei der Entdeckung dem sicheren Tod ausgeliefert zu sein. In Berlin waren es wenige Tausend, in einer Stadt mit damals 4,3 Millionen Einwohnern. Etwa 1.700 Jüdinnen und Juden überlebten in Berlin ihre Illegalität. Die Helfenden sind häufig unbekannt und die Aufarbeitung dieser Geschichten hat in Deutschland erst spät begonnen. Auch in Moabit haben Menschen andere Menschen versteckt, um ihnen zu helfen.

In der Lübecker Straße 3 versteckten Max und Friedel Knitter zwischen Ende 1941 und der Zerstörung des Hauses im November 1943 in ihrer Wohnung im dritten Stock fast dauerhaft die Jüdin Gertrud Raszkowski. Außerdem fanden hier Gertrud Thierfelder und ihre Tochter Vera ein Versteck. Beide überlebten das Konzentrationslager Theresienstadt.



Lübecker Straße 13: Kurt Tucholsky

Am 9. Januar 1890 wird Kurt Tucholsky in Moabit geboren. Die Familie lebte eine zeitlang in Stettin, danach wieder in Berlin. 1907 machte Tucholsky sein Abitur. Zu der Zeit hat er schon ein „Märchen“ im „Ulke“, der satirischen Beilage des „Berliner Tagblatts“ veröffentlicht. Neben seinem Jurastudium, welches er mit der Promotion 1915 abschließt, ist er durchgängig schriftstellerisch tätig. 1912 erscheint eins seiner bekanntesten Werke „Rheinsberg, Ein Bilderbuch für Verliebte“. In diesem Jahr trifft er auch auf Siegfried Jacobsohn, den Gründer, Redakteur und Herausgeber der „Schaubühne“. In dieser Zeit beginnt er mit dem Schreiben kritischer und politischer Artikel. Nachdem er im Ersten Weltkrieg als Soldat im Baltikum und Rumänien war, verarbeitet er in der Artikelserie „Militaria“ seine Erlebnisse. Er tritt zudem in die SPD ein und richtet seine Kritik vor allem gegen die politische Justiz.

Nach der Arbeit für ein Bankhaus zieht er 1924 aus Deutschland weg, geht als Korrespondent der Weltbühne und der Vossischen Zeitung nach Paris und heiratet dort Mary Gerold. Aber auch in Paris, wo er sich von seinem Vaterland erholen will, lässt ihn Deutschland nicht los. Er schreibt unermüdlich über sein Heimatland und veröffentlicht Aufsätze, Artikel, Gedichte. Nach dem Tod Siegfried Jacobsohns 1926 übernimmt er kurzzeitig die Leitung der Zeitung „Weltbühne“, übergibt diese aber schon 1927 an Carl von Ossietzky. Danach zieht er für einige Monate umher. 1928 erfolgt die Trennung von seiner Frau. Seit 1929 hat Tucholsky seinen ständigen Wohnsitz in Schweden.

Die politischen Zustände in Deutschland sieht er als immer bedrohlicher an und befürchtet, mit seiner journalistischen Tätigkeit wirkungslos zu sein. Gleichzeitig erscheinen die Werke „Pyrenäenbuch“, „Mit 5 PS“, „Das Lächeln der Mona Lisa“ und „Deutschland, Deutschland über alles“, die sich alle hervorragend verkaufen. 1931 veröffentlicht er „Schloss Gripsholm“, aber Resignation und Wehmut beginnen, Tucholskys Leben zu überschatten. Nach dem Sammelband „Lerne lachen ohne zu weinen“ folgt nur noch Schweigen.

Er verfolgt immer noch, was sich in Deutschland ereignet, aber dass sich 64 Millionen Deutsche mehr oder weniger willig von den Nationalsozialisten beherrschen lassen, erscheint ihm nur noch widerlich. Dass er auf der ersten Ausbürgerungsliste der Nazis im August 1933 steht, findet er folgerichtig. Er leidet in den letzten Jahren seines Lebens an einer qualvollen Krankheit. Am 20. Dezember 1935 nimmt er in seinem Haus in Hindås eine Überdosis Tabletten, an der er in Göteborg im Krankenhauseinen Tag später stirbt.



Quitowstraße: Mahnmal am Güterbahnhof Moabit

Von den ehemaligen Militärgleisen 69, 81, 82 des Güterbahnhofs Moabit wurden zwischen 1942 und 1944 Deportationen durchgeführt. Der Ort wurde von den Nationalsozialisten ausgewählt, weil dort, ohne den Bahnbetrieb zu stören, die entsprechenden Züge aufgestellt werden konnten. Es wurden insgesamt über 50.000 Jüdinnen und Juden aus Berlin (und anderen Orten) von Berliner Bahnhöfen aus in Ghettos, Lager und Vernichtungsstätten in den von Deutschen besetzten polnischen, tschechischen und sowjetischen Gebieten, wie Riga, Minsk, Lodz, Theresienstadt oder Auschwitz deportiert. Nur sehr wenige haben überlebt.

Lange Zeit ging man davon aus, dass die meisten Menschen vom Bahnhof Grunewald aus in den Tod geschickt wurden. Dort gibt es das beeindruckende Mahnmal Gleis 17. Für den Deportationsbahnhof Moabit wurde 1987 das Mahnmal auf der Putlitzbrücke des Bildhauers Volkmar Haase aufgestellt. Dieses Mahnmal wurde häufig geschändet und 1992 auch ein Sprengstoffanschlag darauf verübt.

Im Jahr 2000 belegte das Gutachten von Dr. Joachim Spielmann, dass der Deportationsort Güterbahnhof Moabit gleichrangig neben den Bahnhof Grunewald zu stellen sei. Nicht geklärt ist, ob die Deportationen bereits am 28. März 1942 oder erst am 15. August 1942 in Moabit starteten. Folgende Zahlen von in den Osten verschleppten Menschen von Berliner Bahnhöfen sind derzeit bekannt: Bahnhof Grunewald 10.000 bis 14.000, Anhalter Bahnhof 9.655 und Güterbahnhof Moabit 27.000 bis 32.000 Menschen.

2002 gab es die erste Begehung mit dem Landesdenkmalamt an den ehemaligen Militärgleisen des Güterbahnhofs Moabit. Die damalige Leiterin befürwortete zwar die Unterschutzstellung der gesamten Rampe, dazu kam es aber nicht. Denn dafür sei zu wenig Originalmaterial am Ort vorhanden. Das entscheidende Gutachten erarbeiteten Alfred Gottwaldt und Diana Schulle, die zur Geschichte der Deutschen Bahn im Nationalsozialismus geforscht hatten. 2006 war klar, dass die meisten Deportierten von Moabit aus in den Tod geschickt wurden. Schließlich wurde 2017 der Ort doch zum Denkmal erklärt.

Als die Tragweite des Ortes bekannt war, begann auch die Diskussion um die Einrichtung eines Gedenkortes. 2007 wurde eine Stele an der Quitowstraße aufgestellt, auf der die Errichtung des Gedenkortes angekündigt wurde – was dann, aber noch einmal 10 Jahre gebraucht hat.

Unsere Initiative hat mit einem offenen Brief und einem gelben Schild 2015 und 2016 erneuert (mehrmals beschmiert, einmal zerstört) immer wieder auf den Ort aufmerksam gemacht. Nach langen Planungen, Verschiebungen und Stillstand, wurde schließlich 2016 ein Wettbewerb der Senatskanzlei ausgelobt. Sieger wurde das Architekturbüro Raumlabor (Jan Liesegang und Francesco Apuzzo) mit dem Entwurf eines Hains aus 20 Waldkiefern. Der Gedenkort wurde am 16. Juni 2017 feierlich eingeweiht.

